

# Arbeiter-Zeitung

Aug. A. 14. Jahrgang Nr. 29  
Donnerstag, 4. Februar 1932

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Einzelst. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,65 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,15 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Einheitsband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die schmalste Zeile 6 Pf. unter dem Text 12 Pf. Breiten- u. Vertikalanzeigen 6 Pf. Kleinanzeigen: Die schmalste Zeile 6 Pf. unter dem Text 10 Pf. — Annoncenpreis in der Druckerei um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

**für Schlesien**  
**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 20. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Sorbenthaus). Fernsprecher 430 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 30.

## Machtvolle Hunger-Kundgebung

**SWP.-Proleten für rote Einheitsfront! — Nazi-Steffen muß abtreten! — Die Kandidatur Thälmanns wird begrüßt — Protest gegen die Polizeiatfaden in Saarau**

Breslau. Die Vorgänge in der letzten Stadtverordnetenversammlung hatten unter den Breslauer Erwerbslosen eine ungeheure Empörung ausgelöst. Die gestern vormittag (Mittwoch) im „Schiefwerber“ stattgefundene Erwerbslosenversammlung zeigte, daß die Gewalt der Breslauer Erwerbslosen, das Gland hinzunehmen, zu Ende ist. Schon längere Zeit vor Beginn der Versammlung war der große Saal des „Schiefwerbers“ überfüllt.

Nach den Worten des Versammlungsleiters Piejewetter brach der Genosse Schubert über die Vorgänge in der letzten Stadtverordnetenversammlung und über den neuen Unterstützungsabzug. Als erster Diskussionsredner ergriff der Fraktionsführer der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, Genosse Adelt, das Wort. Genosse Adelt wies darauf hin, daß die Frage der Unterstützungsleistungen wie die Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung nicht nur wirtschaftliche Fragen der Erwerbslosen, sondern auch politische Fragen sind, die nur unter der Anwendung der breiten roten Arbeiterfront im Kampfe zwischen Kapital und Arbeiterchaft zugunsten der Arbeiter gelöst werden können. Genosse Adelt gab eine kurze Analyse der politischen Lage von der Darsburger Front bis zur „Ehemaligen Front“.

Als Vertreter der SWP-Leute sprach Rausch. Rausch gebraucht allgemein übliche Formulierungen über die politische Lage und über die rote Einheitsfront. In seinen Ausführungen legte sich Rausch für die Schaffung der roten Einheitsfront, der Arbeiterfront, in sehr starken Tönen ein. (1)

Anschließend an die Ausführungen Rauschs sprach dann der Nazi-Steffen. Gleich zu Beginn seiner Ausführungen behauptete sich Nazi-Steffen darüber, daß die Erwerbslosen in der letzten Stadtverordnetenversammlung ihn so unanständig angefaßt hätten. Doch seine Ausführungen waren fromme Redensarten irgendeines Paters. Statt den Erwerbslosen den Ausweg aufzuzeigen, erklärte dieser „Arbeitervertreter“, daß sie aus rein menschlichem Mitleidgefühl für die Forderungen der Erwerbslosen einzutreten werden. Aus Mitleid

schlugen die Nazis auch revolutionäre Arbeiter nieder. Unter dem Gelächter der Erwerbslosen mußte nun Steffen seine Ausführungen über die „Hilfe“ der Nazi für die Erwerbslosen beenden.

Die nachfolgenden Diskussionsredner brachten in ihren Ausführungen die gesteigerte Kampfbereitschaft der Breslauer Erwerbslosen zum Ausdruck. Große Empörung lösten die Ausführungen des Genossen Mösler über die Vorfälle der Polizeikräfte anlässlich der Verdringung der beiden von Faschisten ermordeten Arbeiter in Saarau aus.

Nach Beendigung der Diskussion legte Genosse Piejewetter der Versammlung mehrere Resolutionen und Forderungen der Erwerbslosen zur Abstimmung vor. Unter den Resolutionen, die wir weiter unten abdrucken, befand sich auch eine, welche die Kandidatur des Genossen Thälmann begrüßt.

### Die „Einheitsfront“ der SWP.

Den SWP'ern blieb es vorbehalten, den Erwerbslosen den Beweis, wie sie sich die Einheitsfront denken, zu liefern. Obwohl die SWP dem Versammlungsleiter eine Liste von Genossen der SWP gegeben hatte, welche gemeinsam mit einer aus der Versammlung gewählten Delegation bei dem Regierungspräsidenten und dem Bürgermeister Wagner gegen die Abbaumassnahmen vorstellig werden sollten, erklärte jetzt der SWP'er Müller, daß sie sich an der Delegation nicht beteiligen. Genosse Adelt brandmarkte unter dem lauten Beifall der Versammelten die Sabotage der kämpfenden Einheitsfront.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

### Für Ernst Thälmann!

„Die am 3. Februar vom Bezirksausschuß der Erwerbslosen im „Schiefwerber“ einberufene Erwerbslosenversammlung begrüßt den Kandidat des „Einheitsfront“ der SWP, vom 12. Januar 1932, (Fortsetzung auf der 2. Seite)

### Der „unbekannte“ SWP.-Kandidat!

„Die SPD. wird auf einen eigenen Kandidaten wohl überhaupt verzichten. Stellt sie einen eigenen Kandidaten auf, wird die Sozialistische Arbeiterpartei trotzdem eine Einheitsfront herbeizuführen versuchen.“

(Auszug aus dem Artikel des SWP-Führers Eckstein in der „SAZ.“ vom 2. Februar.)

Breslau, 1. Februar.

Der Führer der Breslauer SWP Eckstein hat in einem längeren Artikel — „Hindenburgfront oder proletarische Massenfront?“ — zur Reichspräsidentenwahl Stellung genommen. Dieser SWP-Führer enthüllt ganz offen die Rolle der Sozialistischen Arbeiterpartei als Agentin der Reichsregierung-Quart-Partei. Eckstein polemisiert „heftig“ gegen den Reichswahlkandidat Hindenburg, tritt gegen den roten Arbeiterkandidaten Genossen Ernst Thälmann auf, tritt für einen noch „unbekannteren“ Kandidaten ein. Die Aufgabe der SWP kann es nur sein — sagt Eckstein —, die Gesetzgebung der Reichspräsidentenwahl zu benutzen, alle Klassen und nationalen Einheitsfronten zu zerbrechen. Das deutsche Proletariat kann sich nicht mit Müller und Dargatz, noch mit Weising und Grewer in der Befehls der Diktatur des Marjalls oder irgendeines anderen Beauftragten der Bourgeoisie zusammenschließen. Die Klassenbewußten Arbeiter dürfen nicht in der Hindenburgfront, sie müssen in der proletarischen Massenfront kämpfen.

Der Hauptvorstand hat in derselben Nummer der „SAZ.“ einen offenen Brief an die Arbeiterorganisationen gerichtet — SWP, KPD und KPD. — und schließt darin gemeinsame Verhandlungen und die Aufstellung eines gemeinsamen Arbeiterkandidaten vor. Dieser offene Brief ist ein betrügerisches Manöver zur Verwirrung der Arbeiterschaft.

Die sofort nach Bekanntwerden des Beschlusses des PK. der kommunistischen Partei — den Vorliegenden der KPD, Genosse Ernst Thälmann, als Kandidaten aufzustellen — einschende Klassenbewegung gegen Hindenburg, den Kandidaten der Rechten, für Thälmann, den Kandidaten der Ausgebeuteten, hat die SWP-Führer auf den Plan gerufen.

Die kommunistische Partei, die die Kader des Proletariats im Kampfe gegen Herberungsmaßnahmen und Lohnraub etc. wird gerade diesen offenen Brief zur Entlastung der SWP-Agenten benutzen müssen. Während Eckstein in seinem Artikel und die „SAZ.“ in weiteren Artikeln gegen die SWP „heftig“ zu Felde zieht, erklärt der Hauptvorstand im offenen Brief seine Verantwortlichkeit, gemeinsam mit den Bols, Selbst und Zwerger im einen „Mittelstandskandidaten“ einzutreten.

Der „Genosse“ Eckstein schreibt hierzu: „Die SWP. wird auf einen eigenen Kandidaten wohl überhaupt verzichten. Stellt sie einen eigenen Kandidaten auf, wird die Sozialistische Arbeiterpartei trotzdem eine Einheitsfront herbeizuführen versuchen müssen. Der alte Reichswahlkandidat muß ein Wort entgegengestellt werden. Ein Kandidat von Jahren und Jahrzehnten guten Klang in der Arbeiterbewegung, der dem Führer der Heere Wilhelm II. muß ein Mandat entgegenstellen, der gegen den Krieg Wilhelm II. gekämpft hat. Dem Mann, der die Notverordnungen der Regierung in Bräunung unterschreibt, muß ein Kandidat entgegengestellt werden, dessen ganzes Leben Kampf für den Sozialismus gewesen ist. Dem Reichspräsidenten, der die Diktatur der Bourgeoisie in Deutschland ausübt, muß ein Präsidentschaftskandidat entgegengestellt werden. In dessen Namen sich die Forderung nach der Diktatur des Proletariats symbolisiert.“

Die Sozialistische Arbeiterpartei kann einen Mann vorschlagen, der diese Bedingungen erfüllt. Aber der Name ist unwichtig. Wichtig ist allein, daß auch die letzte Chance zu einer Verständigung über einen Kandidaten des Proletariats ausgenutzt werden muß.“

Wir wissen bereits, daß Eckart und andere führende SWP-Leute dem Ausschuß für die Wiederwahl Hindenburgs angehören. Die SWP-Führer sind für Hindenburg, wagen aber noch nicht, ihren Millionen proletarischer Wähler Hindenburg, den Kandidaten der Industriellen und Bankkapitalisten und Großagrarier, den Protektor des Stahlhelms, zur Wahl zu „empfehlen“. Die sozialdemokratischen

### Bis in die späte Nacht

## Demonstrationen gegen den Klassenfeind

Ein alter sozialdemokratischer Arbeiter und Reichsbannermann meldet sich als Zeuge, um das brutale Polizeivorgehen zu bekunden!



Aufbahrung der vom faschistischen Hilfsförster Hoffmann erschossenen Genossen Adler und Plüschke

Saarau bei Königszell. Wir haben schon viel Gammelschmuck, aber das, was sich in Saarau abspielte, dafür Worte zu finden, verbietet uns die Notverordnung. Man muß diese wilden Polizeikräfte gesehen haben, wie sie unter dem Kommando des Leutnants Berger, Waldenburg, mit entmenschten Rekruten vorgegangen sind. Alles besonders ausgesuchte Leute der Partei der sozialdemokratischen Minister und Polizeipräsidenten Zwerger und Wendes. Nur der außerordentlich großen Geduld und Disziplin der Arbeiter ist es zu verdanken, daß Zusammenstöße verhindert wurden.

Ein aus der Umgegend anwesender alter Sozialdemokrat und Reichsbannermann, der schon seit 1892 der SPD. angehört und den „Genossen“ Polizeipräsidenten Wende persönlich gut kennt, gab seiner Entrüstung entsprechenden Ausdruck, den wir wiederum nicht wiedergeben können. Er hat, seine Adresse zu notieren, um als Augenzeuge das brutale Vorgehen der Polizei zu bekunden.

Am Abend des Verdringungstages fanden noch große Demonstrationen auf den Straßen Saaraus statt. Tausendfaches „Nieder!“ auf den Klassenfeind und „Mit Gewalt!“ schallte in den Straßen Saaraus bis spät in die Nacht.

Heute Donnerstag um 15 Uhr findet in der „Hütte“, Saarau, erneut eine öffentliche Protestversammlung statt, in der Genosse Wender, WSK., spricht.

### Die Belegschaft Luifengrube gegen Krümpersystem

Reformisten müssen aus Belegschaftsversammlung flüchten!

Hindenburg. Dienstagvormittag 10 Uhr fand im Gewerkschaftshaus Hindenburg-Baborze eine massenweise besuchte Belegschaftsversammlung der Luifengrube statt. Der reformistische Gewerkschaftssekretär Gubermann wollte für die Annahme des Krümpersystems sprechen. Selbiger wurde durch die Versammlung am Sprechen verhindert, und der reformistische Betriebsratsvorsitzende Piescha mußte aus der Versammlung, infolge der bedrohlichen Haltung der Bergarbeiter, flüchten. Unter riesigem Beifall sprachen zwei rote Betriebsräte gegen das Krümpersystem.

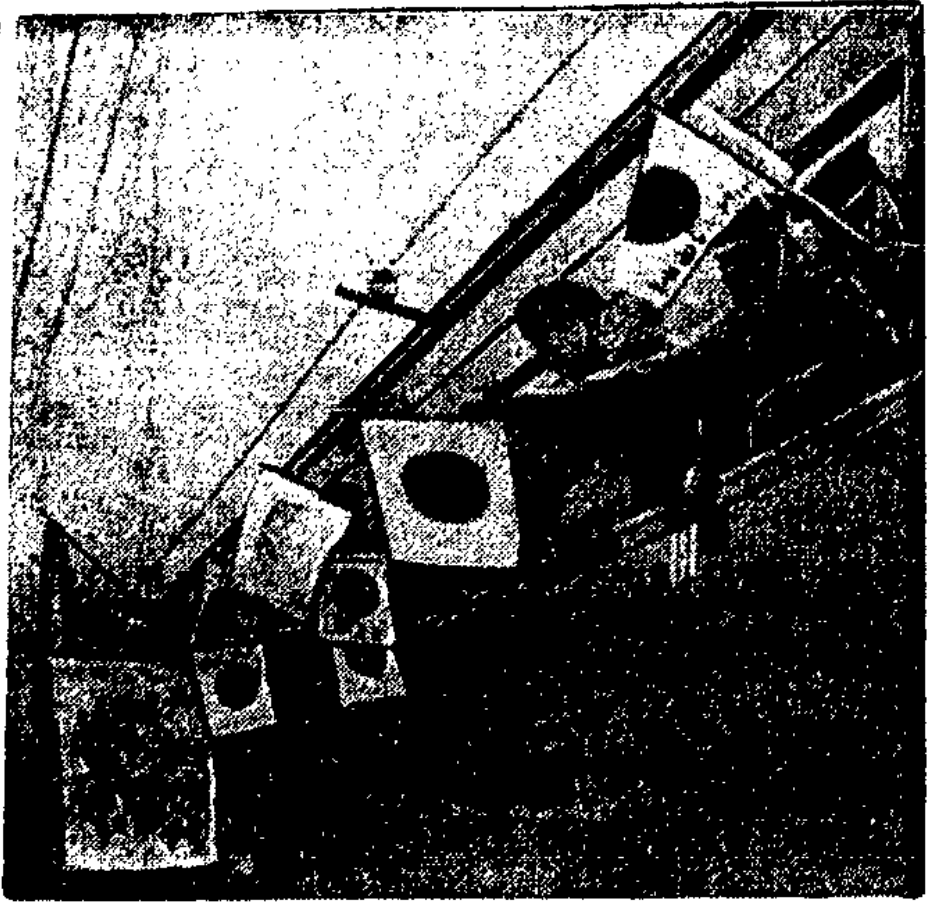
Zum „Schutz“ der Versammlung waren drei Heberfallkommandos anwesend.





# Rund um den Erdball

## Wieder mit Weihrauch und Hurra zum imperialistischen Morden



Wie überall und zu allen Zeiten stehen auch jetzt wieder in Japan die Priester in vorderster Front, um die notwendige Kriegsbegeisterung für den imperialistischen Raubzug auf China zu entfachen. Auf unserem Bilde — links — sehen wir die würdigen Herren in feierlicher Prozession durch die Straßen Tokios marschieren. Sie segnen die Waffen des „Vaterlandes“ und schnorren Liebesgaben für die „tapieren Helden“, die, wie unser Bild — rechts — zeigt, zum Teil von ihren Phrasen verwirrt, mit Fähnchen und Hurrah zur Front fahren. Das Bild in der Mitte zeigt japanische Truppen im Vormarsch längs einer Eisenbahnstr. ecke.

### Furchtbare Erdbebenkatastrophe

## 1500 Tote in Santiago auf Kuba

Ein Drittel der Stadt zerstört — Nächtl. Schreckensszenen — Alle Verbindungen unterbrochen

Eine furchtbare Erdbebenkatastrophe ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch auf der Insel Kuba. Ein Drittel der Stadt Santiago soll zerstört sein. Rund 1500 Bewohner sind unter den einstürzenden Häusern begraben und getötet worden. Da alle telegraphischen und telephonischen Verbindungen unterbrochen sind, können bis zur Stunde noch keine genauen Angaben über den Umfang der Katastrophe bekanntgegeben werden.

Havana, 3. Februar. Hier wird zu der furchtbaren Katastrophe bekannt, daß das Leben nur knapp 30 Sekunden gedauert hat. Die ersten Erdbebenstöße ereigneten sich nachts um 2.11 Uhr amerikanischer Zeit (8.11 früh mittteleuropäischer Zeit). Die Stöße waren so heftig, daß Hunderte von Häusern in sich zusammenstürzten und die schlafenden Bewohner unter den Trümmern begraben.

In Santiago spielten sich im Dunkel der Nacht furchtbare Schreckensszenen ab. Hunderte von verzweifelt Menschen durchkriechen in nur notdürftiger Kleidung die Straßen. In wahnwitziger Angst schrien Frauen nach ihren vermißten Kindern. Inmitten des allgemeinen Chaos verlor man die erste Hilfe für die Verwundeten zu organisieren und sie unter den Trümmern begraben zu bergen.

Der Umfang der Katastrophe ist noch nicht abzuschätzen. Sämtliche Telephon- und Telegraphenleitungen

sind zerstört. Die Lichtversorgung der Stadt wurde durch das Beben ebenfalls mit einem Schlage unterbrochen. Die tiefe Finsternis erschwerte die Feststellung der angerichteten Verheerungen außerordentlich und trug zur Steigerung der Panik unter den Lebenden bei.

Feim trübten Licht von Kollaternen und Jackeln leisteten die Verste in den im Trümmerfeld errichteten fliegenden Verbandstationen den zahllosen Verletzten die erste Hilfe.

### Dreifaches Todesurteil

Weiden, 3. Februar. Nach vierstündiger Beratung wurde im Wendersreuther Mordprozeß das Urteil gefällt. Der Angeklagte Felix Schieder wird wegen dreier Verbrechen des vorläufigen Mordes dreimal zum Tode verurteilt.

Das Gericht ist zu der Ansicht gekommen, daß es sich nicht um Raubmord, sondern um einen Racheakt handelt. Auf Grund der Zeugenaussagen steht fest, daß der Täter „unbedingt Felix Schieder sein muß“. Es handle sich um eine bewußt ausgeführte Tat in Gemeinschaft mit einem anderen unbekanntem Täter. Die Mitangeklagte Anna Schieder, die wegen Beihilfe angeklagt war, wird aus Mangel von Beweisen freigesprochen.

### Polizeioffizier tot aufgefunden

Der Polizeihauptmann Köppinghoff aus Weiden bei Langenberg wurde von einem Spaziergänger erschossen aufgefunden. Der Tote hatte eine Armeepistole in der Hand und dürfte Selbstmord begangen haben.

### Sieben Flugzeuge im Sturm umgekommen?

Zwanzig Personen vermißt

Houston, 3. Februar. Im Gebiet der Vereinigten Staaten wurden sieben Flugzeuge mit mehr als 20 Personen an Bord infolge Nebels und Sturmes vermißt. Luftpatrouillen, Militärflugzeuge, Automobile und Motorboote sind zur Suche ausgesandt worden. In den Bergen Kaliforniens entdeckte man die verbrannten Reste eines abgestürzten Flugzeuges. Von den übrigen sechs Flugzeugen hat man bisher noch nichts gefunden.

### Chauffeur, Frau und Kind verbrannt

Lieferauto stürzt drei Meter hohe Böschung hinunter

Zwischen Dattensfeld und Hoppengarten (Siegl) stürzte ein Lieferauto eine drei Meter hohe Böschung ab und geriet in Flammen. Der Wagenführer, seine Frau und ein fünfjähriges Kind verbrannten. Das Unglück ist auf Verlegen der Bremse zurückzuführen.

### Reichswehrsoldat erschießt sich auf offener Straße

Am Mittwoch früh hat sich der Obergefreite Stannigel des in Glogau in Garnison liegenden zweiten Bataillons des 8. Preussischen Infanterieregiments auf offener Straße erschossen. Die Tat ist nach der polizeilichen Meldung angeblich auf „private Gründe“ zurückzuführen.

### Funde vom U-Boot-Sarg „M 2“?

Bei der Suche nach dem versunkenen englischen U-Boot „M 2“ hat man die Mühe des Steuermannes, einen Leinwand mit Signalflaggen und den Uniformkragen eines Deckoffiziers auf den Wellen treibend gefunden. Die rätselhaften Funde werden zur Zeit noch untersucht.

### Giganten im Westen — Giganten im Osten

Volkstrader — Skizzen: Stätten schrankenloser Promisier im Westen. — Arbeitsstätten — riesige Getreidelager — Klubbhäuser: Stätten der Kultur und Erholung im Osten. — Einen reichhaltig illustrierten Artikel hierüber finden Sie im „Magazin für Alle“.

## Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

## Mensch und Pflanze

Die Züchtungsforschung in Deutschland und in der Sowjetunion

Die wissenschaftliche Durchdringung der Landwirtschaft steht — etwa an der industriellen Entwicklung gemessen — eigentlich noch in den Anfängen. Ein verhältnismäßig junger Wissenschaftszweig, die Züchtungsforschung, hat aber auch hier schon bemerkenswerte Fortschritte gebracht. In Deutschland liegt das Schwergewicht dieser Arbeiten bei dem erst im Jahre 1927 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Institut für Züchtungsforschung in Müncheberg (Mark). Womit beschäftigt sich nun die Züchtungsforschung? Ausgehend von den Ergebnissen der Vererbungslehre ist die Züchtungsforschung bestrebt, die Landwirtschaft von gegebenen natürlichen Bedingungen (Witterung, Bodenzusammensetzung) in gewisser Weise unabhängig zu machen; sie gibt — ganz allgemein gesagt — dem Menschen das wissenschaftliche Rüstzeug in die Hand, um den Boden und seine Erträge planmäßig zu beherrschen.

So ist es heute bereits möglich, durch bewußte Kreuzung verschiedener Pflanzensorten, künstlich ganz neue Pflanzensorten zu erzeugen. Das Ziel dieser Verfahren ist, die „synthetischen“ Pflanzen von ungünstigen Eigenschaften zu befreien und ihnen vorteilhaftere zu verleihen. Man ist sogar noch einen Schritt weiter gegangen und bemüht sich, mit Hilfe physikalischer und chemischer Methoden an den Pflanzen willkürlich neue Eigenschaften hervorzurufen. Diese Arbeiten befinden sich allerdings noch im Stadium der theoretischen Forschung. Jedoch kann auch schon von praktisch äußerst wichtigen Ergebnissen berichtet werden: So würden die Lupinen, die heute zu Zwecken der Gründüngung angepflanzt werden, wegen ihres hohen Eiweiß- und Fettgehaltes ein ausgezeichnetes Futtermittel für leichte Böden darstellen. Leider sind sie infolge ihrer Giftigkeit und ihres bitteren Geschmacks für das Vieh ungenießbar. Mittels eines neuen chemischen Verfahrens gelang es, täglich 18.000 (!) Pflänzchen auf Giftstoffe zu untersuchen. Nachdem man 1,5 Millionen Pflanzen untersucht hatte, fand man eine ungiftige Lupine, die so süß schmeckt wie Erbsen. Es wurde festgestellt, daß die Gift- bzw. Bitterstofffreiheit erblich ist. Heute verfügt man bereits über 80 Zentner Samen der süßen Lupinen, und 1933 werden sie auf dem deutschen Markt erscheinen. Dadurch wird man bei der Einfuhr von Eiweißfuttermitteln eine Ersparnis in Höhe von 60 Millionen Mark machen können.

Eine ähnliche Aufgabe ist die Züchtung von kumarinreinem Steinklee, die ebenfalls erfolgreich begonnen worden ist. Die schon

erwähnte Methode der Kreuzung ist in der Kartoffel-, Obst-, Gemüse- und Getreidezüchtung zur Anwendung gekommen. Beispielsweise hat man durch Kreuzung des deutschen Weizens, der wohl ertragreich, aber sehr anspruchsvoll ist, mit ungarischem Weizen, der zwar weniger ertragreich, dafür aber sehr widerstandsfähig gegen Dürre ist, eine Weizenart erhalten, die sogar auf den deutschen Roggenböden gut und auch wirtschaftlich befriedigend gedeiht. Ähnlich ist man beim Roggen vorgegangen: Durch Kreuzung unseres Kulturroggens mit einem Wildroggen hat man eine Roggenart gezüchtet, die mehrere Jahre ohne neue Aussaat Ernten liefert. Ein für den Weinbau außerordentlich wertvolles Ergebnis der Arbeiten im Müncheberger Institut ist schließlich die Züchtung von Reben, die gegen Reblaus und Mehltau immun (widerstandsfähig) sind und dabei auch einen guten Geschmack aufweisen. Heute werden in Deutschland jährlich 30 bis 50 Millionen Mark allein für die Bekämpfung von Reblaus und Mehltau ausgegeben, ein Betrag, der ebenfalls durch die Anpflanzung dieser immunen Reben erspart werden könnte.

Trotz der großen allgemeinen Bedeutung dieser Forschungsaufgaben sind die finanziellen Mittel, die dem Müncheberger Institut zur Verfügung stehen, recht dürftig. Im Gegensatz dazu hat — wie Professor Baur, der Leiter des Instituts, in einem Vortrag kürzlich selbst betonte — die Sowjetunion auf diesem Gebiet heute die größten Kräfte in der Hand. Während in Müncheberg nur 30 Mitarbeiter beschäftigt sind, hat das Sowjet-Zentralinstitut für Züchtungsforschung 1500 Menschen und einen Etat von 5 Millionen Goldrubeln. Außerdem arbeitet die Sowjetforschung zum wirklichen Nutzen der werktätigen Bevölkerung. Das hervorzuheben, erscheint uns wichtig, weil in dem erwähnten Vortrag von Prof. Baur, der einen Ueberblick über die von ihm geplanten wissenschaftlichen Arbeiten vermittelte, nur allzu deutlich die Absicht fühlbar war, den Plänen der „nationalen Autarkie“ Rechnung zu tragen — jenen von den Nazis eifrig geförderten Plänen, die die künstliche Abschirmung Deutschlands vom Weltmarkt bezwecken, und die vor allem den nackten Interessen der deutschen Großagrarien dienen sollen.

Chemicus.

# Sozialdemokratische Hebe gegen Erwerbslose

**Kassien.** Auf den Artikel: „Kommunisten unter dem Deckmantel neutraler Erwerbslosenvereinigungen“ in Nr. 5 der „Oderpost“ verlohnt es sich, bei dem fürchterlichen Ernst der Lage unserer Erwerbslosen und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger wirklich an dieser Stelle näher einzugehen.

Voraussetzend kann als Vorausbetrachtung dem Artikelschreiber ins Stammbuch geschrieben werden:

**„Wie er sich räuspert und wie er spuckt, das hat er seinen Oberbunzen abgequakt.“**

Vom revolutionären Standpunkt aus mit keinerlei Sozialkenntnis in politischen Dingen der Erwerbslosenfragen befaßt, glaubt der Artikelschreiber wissen zu können, die Interessen der Arbeitslosen könnten nur mit der „bewährten“ Koalitionspolitik der SPD. gestillt werden.

Was war in der im Artikel erwähnten Versammlung nun eigentlich vor sich gegangen?

Der Referent, selbst ein Wohlfahrtsempfänger, wies ganz richtig die für den Artikelschreiber als „Unentwegten“ der „allein seligmachenden“ SPD. allerdings unangenehme Tatsache nach, daß der heutige Staat wohl Geld für ungeheuerste Subventionen u. a. m. übrig hat, aber keinen Pfennig für die Armen der Arbeiter, und daß die „bewährte“ SPD.-Führung als „Aerzte des Kapitalismus“ die volle Mitverantwortung für die Elendslage der Unterstüßungsempfänger tragen.

Sänger richtig kritisierte der Referent die Notverordnungspolitik der Brüning-Regierung, deren Träger Prominente der SPD. als gutbezahlte Staatsfunktionäre sind, und es zeugt von riesengroßer politischer Dummheit des Artikelschreibers, in diesem Zusammenhang zu behaupten, die SPD. wäre daran schuld, weil sie die Koalitionspolitik der SPD.-Bürokratie nicht nur nicht mitmacht, sondern auf das Schärfste bekämpft.

Dabei auf die Zeit nach dem „Sieg“ von 1928 hinzuweisen ist zumindest ungeschickt, denn jedes politische Kind weiß, daß die Notverordnungspolitik lediglich die Mißgeburt der jahrelangen politischen Weltgemeinschaft der SPD.-Bunzen mit dem Zentrum sein mußte, sie ja momentan noch ungehindert aufrechterhalten wird zum Nachteil der gekamerten werktätigen Bevölkerung.

Die Mißfänge in der Sozialfürsorge zu damaliger Zeit in beachtlich irreführender Weise als „wesentlich“ andere zu bezeichnen, muß dem Artikelschreiber überlassen bleiben.

Völlig zutreffend fühlte sich der Referent verpflichtet, die Erwerbslosen vor den deutschen Gewerkschaftsführern zu warnen, die ganz richtig vor Jahren bereits unsere unergiebliche Führerin Rosa Luxemburg als die größten Schakalen bezeichnete.

Wenn der Artikelschreiber noch den vom Referenten zitierten Ausspruch Severings demagogisch zu verbrochen versucht, so ist dies vergebliche Mühe.

Geradezu abstoßend wirkte für jeden objektiven Verlesungsbefaher die Tatsache, in welcher widerlicher Selbstbeweihräucherung Herr Kirsch in seinen Diskussionsausführungen seine vermeintlichen „kommunistischen Erfolge“, mit süßlichem Eigenlob seiner Person, herausstrich, trotzdem dabei der unentwegte SPD.-Genosse als „Hausbesitzer“ der Polatscherstraße oder der Neumann-Siedlungen ohne weiteres zugeben wird, daß ihm bei allem das Wasser auf seiner Bude bis zum Halse steht.

Ober nennt Herr Kirsch es etwa politischer „Erfolg“, wenn die Bürgersteuerveranlagungen (von ihm selbst als Negersteuer angesprochen) des Jahres 1930 der Stadt Kassen seine unvergessliche Unterschrift tragen? Wirklich spricht Herr Kirsch das als Spitzenleistung seines „Altsenktampfes“ an!

Wie weit man aber im Maß gegen die SPD. hinten lauft, beweist die Tatsache des hysterischen Wechsellagens des Herrn Kirsch gegen die SPD. in der Erwerbslosenversammlung und der Umstand, daß der Artikelschreiber als angeblicher „Sozialist“ bis zum plumpsten Polizeivigilanten herabstürzt, wenn er schreibt: „... bekennende Führer mit einem fertigen Paß nach Kurland...“ und „... Arbeiter vor die Flintenläufe der Polizei der Reaktion gehetzt...“. Wari Deibel! Darüber wird die treffende Antwort noch an gegebener Stelle erteilt werden. Schade bloß, daß die Polizei als „Polizei der Reaktion“ vom Artikelschreiber selbst bezeichnet, unter dem Pseudonym eines Parteigenossen des Herrn Kirsch steht.

Von dem Diskussionsredner, Genossen Schlingens, als nicht zu überbietenden Demagogen und Phrasen zu reisen, kann ruhig dem Artikelschreiber überlassen bleiben.

Keinesfalls trifft es aber zu, und es ist eine bewußte Lüge, wenn im Artikel der Eindruck zu erwecken versucht wird, Gen. Schl. habe in seinen Diskussionsausführungen Herrn Kirsch anzuregen, die Erwerbslosen zur Demonstration aufzurufen.

Nein, diese Humungung gegenüber Herrn Kirsch wäre eine Krivolität, denn, wie kann ein latter Konsumlagerhalter mit 240 Mrk. Gehalt, (ohne Nebenverdienste?) bei Frau und einem Kinde, einem hungernden Unterstüßungsempfänger nachfühlen, wie ihm um den leeren Magen ist?

Deshalb lehnte wohl auch Herr Kirsch, die so dringend notwendige Einheitsfront der Erwerbslosen ab und wird er es für die Zeit der Zukunft nicht verhindern können, daß auch dem unentwegten SPD.-Genossen der arbeiterverräterische Beitrag der SPD.-Bürokratie zum Bewußtsein kommt und der zweite Mann genau dort hin geht, wo der erste sich bereits befindet, nämlich zur roten Einheitsfront unter Führung der einzigen Arbeiterpartei, der SPD., zum Angriff auf die Kapitalistenklasse, für die Forderungen der Erwerbslosen. (X.)

Unserer Lesern... Aufgeben wurde ein kleiner Betrag für die Angehörigen der proletarisch-politischen Kampfgemeinschaft „Rote Hilfe“ mit not!

## Ernst Thälmann

Das ist der Kandidat für die SAP.-Proleten

**Ziegnitz.** In einer gut besuchten Versammlung der SAP. sprach der Auslandsdelegierte Genosse Jellen. Der Vortrag ist durch mehrere Berichte bekannt. Das die „Hilfszeitung“ es abgelehnt hatte, ein Inserat für diese Versammlung aufzunehmen, läßt bei den SAP.-Leuten Empörung aus; für uns ist das nichts Neues. Unsere Aufgabe wird es sein, durch mündliche Diskussion mit den SAP.-Proleten die Versammlung auszumerten und den Widerspruch zwischen Wort und Tat der SAP., der klar zutage trat, aufzulösen. Der Beifall, den die beiden kommunistischen Diskussionsredner erhielten, und die Niederlage, die sich der SPD.-Bunzenanwärter, der seine „Führer“ verteidigt, holte, zeigt, daß der Wille zur roten Einheitsfront, zu der auch Jellen aufrief, lebt. Bezeichnend ist, daß die Anfrage, welche Stellung die SAP. zur Präsidentenwahl einnimmt, nicht beantwortet wurde. SAP.-Arbeiter, merkt dir die Satz des Referenten: „Nur ein Sowjetdeutschland kann Besserung bringen, und Teilkämpfe sind Grabmesser für die revolutionäre Situation.“ Wie lange will eure Führung um die Kandidatenfrage herumgehen? Die Entscheidung für euch kann nur sein: Der Kandidat der Arbeiter: Thälmann.

**Schauspielhaus**  
Ferienstr. 363/01  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Der sensationelle Publikumserfolg  
**CASANOVA**  
Große Ausstattung - Operetten-Revue  
Musik von Johann Strauß  
Allabendlich  
Beifalls-Stürme

**Pfänderversteigerung**  
Berliner Platz 2  
am Donnerstag, 11. Februar 1932, vorm. 9 Uhr  
Gelbe Scheine bis Nr. 10 000  
Bietungs-auction Am. 10.—  
Gemeinnütziges Pfandloshaus der Stadt  
Breslau, G. m. b. H.  
Schubert

Kauf bei  
**Blassé**  
Blassé  
ist billig!  
BRESLAU  
Nur Graupenstraße 6/10

# Das Dittersbacher Brüning-Parlament

**Ablehnung aller kommunistischen Anträge durch die SPD. — Angst vor den Neuwahlen — Blechfront im Zerfall**

Die letzte Gemeindevorstellung in Dittersbach bewies wieder einmal, die Verlogenheit der SPD. Köppler fühlt sich bereits als Diktator des Dritten Reiches, zum mindesten seinem wirklichen Parteiführer ebenbürtig. Solche Sozialdemokraten sind der Bourgeoisie unentbehrliche Aeneide und verdienen ihre klingende Münze im Sinne der sozialistischen Hungerpolitik. Seit dem 8. September 1931 war es die erste Sitzung. Sozialistisch Köppler lehnte es ja ab, eine Sitzung einzuberufen, um die von den Erwerbslosen und der SPD.-Fraktion gestellten Anträge auf Winterhilfe zu beraten. Ja, er bringt es fertig, einfach zu erklären, daß die Anträge nicht auf die Tagesordnung kommen, obwohl eine Geschäftsordnung nicht besteht. Seine Handlung widerspricht also den gesetzlichen Bestimmungen.

Ein gewaltiger Andrang von Gemeindevorstellern erfolgte auf den Sitzungssaal. Köppler betätigte sich höchstpersönlich als Hausnecht. Der kommunistische Antrag, noch mehr Plätze für Zuhörer zu schaffen, wurde wieder einmal durch die Kopplendorfffraktion abgelehnt. Ebenso der Dringlichkeitsantrag auf Auflösung des arbeiterfeindlichen Gemeindevorstandes. Die SPD. lebt an dem Posten. Sie fürchtet die Abrechnung durch die Presse. Der überjährige Köppler wollte wissen, daß die Auflösung, das heißt der Austritt, „ungefährlich“ sei. In Steingrund aber scheint dies nicht der Fall zu sein, denn dort meidete die „Bergwacht“, hat die SPD. Neuwahl erzwungen. Es folgte die Mitteilung, daß Albert Jüring aus der SPD. ausgeschlossen sei. Durch einen Zwischenfall aus den SPD.-Reihen erfuhr man den Grund: „Spittel“ für Schwedisch.

## Bei den Armen wird am meisten gespart

Die nachfolgenden Punkte waren unbedeutend. Zu erwähnen ist, daß der junge „nützliche Beamte“ Kandidat Thiermann infolge Verletzung pensioniert sei und zwar „dienstunfähig“ ist, aber eine sitzende private Stellung inne hat. Ueber den eisdig zusammengetriebenen Prozeß gegen den Gemeindevorsteher Dachmehl wurde nun Köppler etwas sagen, der Form halber. Zwar ging er diesmal nicht mit der Gemeindevorstellung in den großen Saal des „Festbau“ um Theater zu machen. Die Gemeinde hat nun die große Freude, eine Menge Geld losgeredet zu sein, für doppelte Gehälter und Kosten. Nach dem vorliegenden Sperr-Etat war zu erwarten, daß wieder in „vorbildlich sozialistischer“ Weise bei den armen Teufeln am meisten gespart wurde. Die Kosten für Lehrmittel für arme Kinder wurden rigoros von 3500 auf 200 Mark, für die Berufsschüler von 400 auf 200 Mark gekürzt. Verbrauchssteuer wurde um 5 Prozent dikatorisch erhöht.

Zum Punkte „Wintersentung“ lag ein kommunistischer Antrag vor, der vom Gemeindevorstand weitere Maßnahmen zur Mietsenkung und dabei den Beschluß des Landtages vom 12. 12. 31 durchzuführen verlangt, auf Grund dessen die Mieten in Neubauten um 25 bis 30 Prozent gesenkt werden könnten. Weitere kommunistische Anträge, wie Mietsbefreiung für Hilfsbedürftige und Erwerbslose, Durchführung der Anträge der Erwerbslosen und Herabsetzung der hohen Gehälter auf höchstens 500 Mark monatlich, Streichung der Ausgaben für Polizei, Protest gegen die Nichtdurchführung des vom Reichstag beschlossenen SPD.-Antrag auf wätsliche Winterhilfe, wurden einfach

nicht beraten und abgelehnt. Das ist wahre sozialistische Politik der „nützlichbetrieblenden Sozialdemokratie!“

## Eine Niederlage der SPD.

Die ganze Mut gegen die Kommunisten brachte der Patentsozialist Köppler aber zum Ausdruck, als er nachdrücklich die Entschließung zur Verlesung brachte, die in der von der kommunistischen Fraktion durchgeführten Massen-Gemeindevorstellung einstimmig angenommen wurde und die eine einzige Niederlage der SPD. bedeutet. Köppler redete von „Verleumdern“ und jagte zugleich, daß er zwar diesmal von einer Plage ablassen will, — aber ein andermal! Nun man los, Herr Köppler!

Wir wünschen den Tag herbei und werden hoffen, wo die Verleumder sitzen.

In ihrer ohnmächtigen Mut, von der übertragenen Zahl der Bevölkerung moralisch gequält, verlegen sich diese SPD.-Helden nun auf verlogene Polemiken in der „Tredmann“. Das ist dieser feigen Köppler einzige Rettung. So behaupten diese, daß der Genosse Beder „fluchtartig“ und „flegel“ vor der Abrechnung mit der SPD. getümmelt sei. Dazu sei kurz erklärt, daß der Genosse Beder zwei Stunden an der Sitzung teilnahm und vor Schluss, aber infolge der Tatsache, daß eine überfüllte Massenversammlung in Freiburg auf ihn wartete, unter Abgabe einer entwerdenden Erklärung die Sitzung vorzeitig verlassen mußte. Die angekündigte Gemeindevorstellung der SPD. soll uns freuen, vorausgesetzt, daß die Hellden den Mut aufbringen werden, dem Genossen Beder genügende Redezeit und Gelegenheit zur Abrechnung zu geben.

Wir werden diesen Demagogen nicht gelassen ungestraft, das heißt noch weiter im „Namen der Arbeiter und Verletigten“ ihre Verleumdungen zu spielen. Schon heute kündigen wir eine neue öffentliche Generalsabrechnung mit der sozialfaschistischen Hungerpolitik an. Die Proleten aber wissen, was sie von den Patentsozialisten zu halten haben, die die Arbeiter verhungern lassen, aber selbst mit 523 Mark pro Monat „nicht leben“ können.

## Solidarität! Solidarität!

In einer öffentlichen Kundgebung sprach im „Deutschen Hause“, Weisklein, vor über 300 Anwesenden Genosse Durkhardt über den „humanen“ Straßvollzug, den er in sieben Jahren in den Kerker der deutschen Republik zu spüren bekam. Zwei Resolutionen wurden einstimmig angenommen. In die „Rote Hilfe“ erklärten 18 Versamm-

## Schafft Munition

zur Führung der Reichspräsidenten-Wahlkampagne  
Einzahlungen sind auf das Postfachkonto 367 60, Willy Schubert, Breslau, zu leisten.

Alles, was Sie täglich brauchen können Sie jetzt im  
**Inventur-Ausverkauf**  
ganz billig kaufen!  
Unsere niedrigen Preise bis **60%** herabgesetzt!  
Heute **Reste** ganz billig!  
**MESSOW WALDSCHMIDT**

# Der Krieg im Fernen Osten und die internationale Lage

Stunde um Stunde meldet der Draht neue Schreckensnachrichten vom fernöstlichen Kriegsschauplatz. Japanische Bombenflugzeuge legen Schanghai in Schutt und Asche. Die chinesische Bevölkerung wird in grausam-barbarischer Weise dezimiert. Massenerschießungen sind alltägliche Ereignisse. Inzwischen sind japanische Truppen in Swatow und Kanton gelandet. Es kam dort bereits zu blutigen Kämpfen.

Aus dem Hauf der Nachrichten hebt sich eine Meldung besonders hervor, die ein grelles Licht auf die gefährlichswangere Situation wirft: Die englische Regierungsgesandtschaft berichtet aus Schanghai über ein schweres Feuergefecht zwischen japanischer Infanterie und amerikanischen Marinetruppen, die eine amerikanische Methodistengemeinde mit Sandfäden verbarbarisierten.

Die Ereignisse im Fernen Osten liefern eine traffe Illustration zu Lenin'scher Bemerkung über das „Geheimnis, das die Geburt eines Krieges umgibt“. Das charakteristische Merkmal dieses Krieges ist die Tatsache, daß er offen und unverhüllt als ein imperialistischer Raubkrieg geführt wird. Die früherischen Argumente und Haarspaltereien, mit denen die herrschenden Klassen und ihre Trabanten im vergangenen Weltkrieg die Massen zu umgarnen und in das Kriegsgemeckel zu verwickeln verstanden haben, spielen im gegenwärtigen Krieg keine oder nur eine sehr geringe Rolle. Das japanische Raubargument von der Notwendigkeit der Verteidigung seiner Interessen ist zu durchsichtig und wird zu früh auf Schritt und Tritt von den Tatsachen widerlegt, als daß es die suggestiven Wirkungen des Arguments von der „Vaterlandsverteidigung“ auslösen könnte.

Um so klarer und drastischer bestätigt der Krieg im Fernen Osten den genialen Gedanken Clausewitz', daß der Krieg nichts anderes ist als die „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, und zwar mit den Mitteln der militärischen Gewalt. Um also den Charakter und den historischen Sinn dieses Krieges zu verstehen, muß man die Politik studieren, die er „mit anderen Mitteln“ fortsetzt. Die Wurzeln dieser Politik aber liegen in den ökonomischen und sozialen Bedingungen, aus denen auch der Krieg entspringt.

Der sozialökonomische Hintergrund des fernöstlichen Krieges ist die in der Geschichte beispiellos daherragende Wirtschaftskrise, die die ganze kapitalistische Welt, alle kapitalistischen Länder ohne Ausnahme bis in die Grundmauern erschüttert hat. Länder, wie Deutschland, Oesterreich und England, raumeln am Rande des finanziellen Bankrotts und versuchen nur noch mit Hilfe gaukelhafter Verzwecklungsmaßnahmen sich zu retten. Amerika, vor wenigen Jahren noch das Eldorado der Kapitalisten, hat sich in einen industriellen Friedhof verwandelt. Die kleinen Agrarländer wunden sich in den Krämpfen der Agonie. In den meisten Kolonien und Halbkolonialstaaten, insbesondere auch in China, verandert sich die Krise im raschen Tempo in eine allgemeine wirtschaftliche Katastrophe. Und nicht Frankreich, das bis vor nicht allzu langer Zeit noch vom Glanz der Krille relativ unberührt geblieben war, trankt heute an gefährlichen Anzeichen dieser tobdringenden Seuche.

Die jüngste Entwicklung der Weltwirtschaftskrise, die wachsende Zuspitzung aller ökonomischen Widersprüche des kapitalistischen Systems hat die Gegenläufe im Lager der Imperialisten auf die Spitze getrieben. „Retze sich, wer kann“ — das wurde die Parole der dem Untergang gewählten kapitalistischen Truste. „Retze sich, wer kann“ — unter dieser Parole verhärtete sich der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zu einem erbitterten Wirtschaftskrieg, der mit allen Mitteln der „modernen“ Kriegsführung — von der Kreditkündigung und der Zurückziehung von Gold und Devisen bis zu Hochschußzöllen, Grenzabsperrungen und Boykottmaßnahmen — durchgeführt wurde. Die Tatsachen sind allzu bekannt, als daß sie hier einer besonderen Aufzählung bedürften.

Krieg aller gegen alle auf den Weltmärkten. Zollkrieg. Wirtschaftskrieg — das war der Inhalt der Politik, die gegenwärtig im Fernen Osten, um mit Clausewitz zu sprechen, die Feder mit dem Degen verknüpft, hat! Kolonialkriege zu schreiben, militärische Ultimata diktieren.

Die durch die Weltkrisis heraufbeschworene internationale Lage mit ihren auf die Spitze getriebenen Widersprüchen bestimmt den Verlauf des Krieges im Fernen Osten und die Haltung der beteiligten Mächte. Der japanische Imperialismus, dessen Interessengebiete sich auf den Fernen Osten beschränken und dessen innere Hemmnisse relativ am schwächsten waren, hat die Schwertgeleiten seiner Rivalen, Englands und Amerikas, ausgenutzt, um durch einen bewaffneten Handstreich die Mandchurie an sich zu reißen.

Für das imperialistische Japan bedeutete der militärische Einbruch in China einen Versuch einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Aber der von den weltächtigen Massen Chinas durchgeführte Boykott der japanischen Waren und das Einziehen Amerikas hoben diese trügerische Hoffnung gützlichend zerschlagen.

Der von Japan eröffnete Krieg gab allen anderen an den fernöstlichen Märkten interessierten kapitalistischen Mächten das Signal zu einer allgemeinen Kurswendung in der Richtung auf eine bewaffnete Aufteilung des chinesischen Territoriums.

Die Befegung der Mandchurie durch Japan war der erste Akt des gewaltigen Kriegsdramas, das im Osten seinen Anfang genommen hat. Das Bombardement von Schanghai, der Einmarsch japanischer Truppen in Swatow und Kanton, die Kämpfe innerhalb des Schanghaier Konzessionsgebietes zwischen japanischen und amerikanischen Truppen — diese Ereignisse der letzten Tage schürten die Interessententzündung im imperialistischen Lager zu einem Knoten, der schließlich nur noch mit dem Schwerte zerhauen werden kann. Aber — um noch einmal Clausewitz sprechen zu lassen — „Der Krieg hat zwar seine eigene Grammatik, aber nicht seine eigene Logik“. Die Logik des Krieges im Fernen Osten wird bestimmt durch die Logik der letzten Endes von den ökonomisch-sozialen Interessen diktierten Politik der imperialistischen Großmächte. Und diese Politik spielt sich ab im Rahmen der erdumspannenden weltgeschichtlichen Auseinandersetzung zwischen Re-

# Im Krieg gegen die Sowjetunion hat Japan die Sympathie aller europäischen Staaten

## Sensationelles Geständnis eines deutschen Regierungsblattes

Das Organ des Reichsarbeitsministers Siegerwald, „Der Deutsche“, befaßt sich in seiner Mittwoch-Morgenpägabe mit dem „Krieg im Osten“. Dieses Blatt, das einen amtlichen Charakter trägt, bestätigt in geradezu sensationeller Form die Ansicht des japanischen Imperialismus auf einen räuberischen Überfall gegen die Sowjetunion. Gleichzeitig aber erklärt „Der Deutsche“, daß der japanische Imperialismus bei einem Kriegszug gegen die Sowjetunion die Unterstützung der europäischen Staaten und Amerikas finden würde.

Zunächst stellt „Der Deutsche“ die Frage nach dem Verhalten Frankreichs und antwortet wörtlich:

„Frankreich begünstigt ziemlich offen die Japaner; deshalb vermutet man vielerorts das Bestehen französisch-japanischer Geheimverträge; vielleicht handelt es sich um ein Tauschgeschäft, die Gegenleistung Japans mag in einer Unterstützung Frankreichs bei den kommenden Konferenzen liegen.“

Noch deutlicher wird dann „Der Deutsche“, indem er fort-führend schreibt:

„Der Angriff Japans aber auf Charbin ist ein Angriff auf Rußland,

denn die Sahalinie, welche durch Charbin geht, und welche von Charbin nach Sibirien sich abzweigt, ist russisches Eigentum. Hier kann ein neuer russisch-japanischer Krieg entstehen.“

Dieser Krieg wird vielleicht Rußland aufgezwungen werden, obwohl es keine große Lust hat, ihn zu führen. Aber schließlich kann sich Rußland nicht so ohne weiteres von Ostasien absperrten lassen, wo es seit Jahrhunderten sitzt.“

Nachdem „Der Deutsche“ so die Kriegsabsichten des japanischen Imperialismus und die Friedenspolitik der Sowjetunion feststellt hat, schreibt er dann zur Frage der Haltung der europäischen imperialistischen Staaten und Amerikas wörtlich:

„Auf der anderen Seite würde ein russisch-japanischer Krieg den Angelsachsen, also den Engländern und Amerikanern nicht unerwünscht kommen. Rußland könnte in diesem Kampfe auf keine europäische Unterstützung, Japan aber auf die Sympathie Europas rechnen.“

Das ist deutlich gesprochen! Die Sympathie Europas für Japan würde bestehen in Geld- und Munitionslieferungen für den japanischen Imperialismus. Der Zweck der japanischen Provokation in der Mandchurie ist nunmehr enthüllt. Die Geständnisse des deutschen Regierungsblattes sind ein Alarmruf für alle Weltkämpfer der Welt.

Stärkt die rote Klassenfront zur Verteidigung der Sowjetunion, dem siegreichen Land des sozialistischen Aufbaus!

# Neuer Abbau aller sozialen Unterstüßungen

## Die „Eiserne Front“ steht hinter diesen Abbauplänen der Bourgeoisie!

Das Reichsarbeitsministerium hat einen Gesetzentwurf über einschneidende Änderungen aller Sozialversicherungen ausgearbeitet, alle sozialen Unterstüßungen sollen erneuert scharf gesenkt werden. Die Ausgestaltung des Gesetzentwurfes bzw. der einzelnen Entwürfe für die verschiedenen Versicherungsarten erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den Vertretern der Unternehmerverbände und den Spitzen der reaktionären Gewerkschaften. In den nächsten Tagen werden Gewerkschaftsbürokraten und Unternehmervertreter wieder in Berlin, im Reichsarbeitsministerium, zusammenkommen, um über den besten Weg zur Durchführung der neuen Abbaumaßnahmen zu beraten.

Der „Hannoversche Kurier“ schreibt zu dem Entwurf: Entwurf:

„Die Pläne gehen aus von der Notwendigkeit erheblicher Einsparungen in Anpassung an die immer schwieriger werdenden Verhältnisse in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung. Bei der Invalidenversicherung werden die einschneidendsten Maßnahmen vorgenommen werden müssen.“

Die Bourgeoisie will also die kümmerlichen sozialen Unterstüßungen weiter senken. Besonders empörend ist die Rolle der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die im Interesse des kapitalistischen Systems selbst Abbauvorschläge gemacht haben, die über die Absichten der Regierung schon längst unterrichtet sind, die aber der Arbeiterschaft gegenüber die geheimen Abbauverhandlungen verschwiegen haben. Die SPD-Presse hat bis jetzt lediglich ganz kurz berichtet, daß von der Regierung ein Gesetzentwurf ausgearbeitet wird, sie hat aber verschwiegen, welche Rolle die SPD-Führer dabei spielen.

Dieselbe Front, die jetzt die Wahl Hindenburgs propagiert, die Front von Duisberg bis Wels, steht hinter den bisherigen Abbaumaßnahmen und den neu geplanten einschneidenden Verschlechterungen. Der rote Präsidentschaftskandidat Thälmann steht an der Spitze der roten Arbeiterfront, die gegen Lohnabbau, gegen jede Verschlechterung der Lage der Arbeitenden kämpft, und die besonders leidenschaftlich dafür den Kampf führt, daß die Unterstüßungen der Arbeitslosen, der Invaliden und Kranken nicht noch mehr beschnitten werden, die dafür kämpft, daß die Unterstüßungen für die Opfer des kapitalistischen Systems auf der ganzen Linie erhöht werden.

Die Ausdehnung der neuen Abbaupläne muß die breitesten Massen der Arbeitslosen und Arbeitsinvaliden, muß alle Arbeiter mobilisieren. Eine unüberwindliche Massenbewegung muß die

Durchführung der neuen Abbaupläne unmöglich machen. Denjenigen aber, die die sozialen Unterstüßungen immer mehr abbauen wollen, die Unternehmerverbände, die Nazi-Führer, sowie die Führer der „Eisernen Front“, gilt der erbitterte Kampf der werktätigen Massen. Schließt die Rote Arbeiterfront!

## SPD.-Partei Vorstand verlangt Einzeichnung für Hindenburg

Berlin, 3. Februar. (Eig. Bericht.)

Nachdem gestern der Aufruf des Hindenburgausschusses Moske, Duisberg, Bischof Schreiber zur „Volkswahl Hindenburg“ erlassen wurde, beginnt heute die bürgerliche Presse ihre Kampagne zur Einzeichnung in die Hindenburgliste. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren haben, hat der sozialdemokratische Parteivorstand angeordnet, die unteren Instanzen anzuweisen, innerhalb der SPD-Arbeiterschaft Propaganda für die Einzeichnung in die Hindenburglisten zu machen. Dementsprechend erlät die heutige „Rheinische Zeitung“, das Organ des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Sollo mann einen Aufruf, in dem die SPD-Arbeiter aufgefordert werden, in die bürgerlichen Redaktionen zu laufen und ihre Namen in die Listen einzutragen. Der Aufruf in der „Rheinischen Zeitung“ erscheint unter der Überschrift: „Wir unterzeichnen!“

Die Antwort der sozialdemokratischen Arbeiter auf diese provokatorische Anweisung des SPD-Parteivorstandes kann nur lauten: Niemals mit Hindenburg! Niemals mit den Großindustriellen! Niemals mit der Notverordnungsbildung des Lohnabbau und des Unterstüßungsabbau! Niemals für Hindenburg, den Kandidaten der Reaktion von Wels bis Hiltr! Stets für den Einheitskandidaten der roten Klassenfront, Ernst Thälmann!

## Betriebsarbeiter!

Demonstriert in den Betrieben gegen Hindenburgfront, für die rote Arbeiterfront!

volution und Konterrevolution, zwischen Kommunismus und Kapitalismus.

Die Krise, die alle Gegenläufe zwischen den imperialistischen Mächten auf die Spitze getrieben hat, verhärtet auch das historische Ringen zwischen der Welt des Sozialismus und der kapitalistischen Welt auf Siegen und Brechen. Je grandioser die Erfolge des sozialistischen Aufbaus, umso lauter schreit der Chor der Imperialisten nach dem Interventionskrieg. Und dieses gemeinsame Interesse der imperialistischen Großmächte ist daher auch von entscheidender Bedeutung für ihre Politik im Fernen Osten.

Der von Japan eröffnete Krieg ist der Auftakt zum Interventionskrieg gegen die Sowjetunion. Das beweist die ganze bisherige Entwicklung des mandchurischen Konflikts, das beweist der heftige Haßgesang, der aus den Spalten der imperialistischen Weltpresse geht, das beweist die Haltung des Wälferbundes, das beweisen die geheimen Abmachungen zwischen Japan und Frankreich, das beweisen die abenteuerlichen Provokationspläne, die erst kürzlich durch die Hjäre des Tschchen Wanjet der Öffentlichkeit bekannt geworden sind.

Wenn bisher ein kriegerischer Konflikt zwischen Japan und

der Sowjetunion im Fernen Osten vermieden wurde, so ist das ausschließlich das geschichtliche Verdienst der Sowjetunion, die durch ihre konsequente Friedenspolitik die verbrecherischen Kriegsprovokationen des japanischen Imperialismus vereitelt hat.

Aber die jüngsten Ereignisse in China verhärtete die Gefahr eines Überfalls auf die Sowjetunion aufs äußerste. Das jüngste Vorgehen Japans im Yangtsegebiet und in Süchina läßt deutlich einen bestimmten strategischen Plan erkennen, der auch die Beteiligung der andern Imperialisten finden dürfte. Dieser Plan läuft hinaus auf eine militärische Einzellung der chinesischen Sowjetgebiete, die einen ersten Störungsfaktor in der Kriegsberechnung der Imperialisten gegen die Sowjetunion darstellen.

So vollzieht sich unter dem Donner der Kanonen, in der Hitze der Konflikte zwischen den Imperialisten, der Kriegsaufmarsch der bewaffneten Kräfte des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion. Dieses wichtigste Merkmal der jüngsten Entwicklung ist das schärfste Alarmzeichen für alle revolutionären Arbeiter. Jeder Kommunist, jeder revolutionäre Arbeiter, der nicht kräftig seine Klassenpflicht veräußen will, muß seine ganze Kraft für die Massenmobilisation gegen die Kriegsverbrecher einsetzen!



